

## Teure Rettung der UBS



Von Eugen David,  
Ständerat

**Eugen David gehörte zu jener Minderheit im Ständerat, die den UBS-Staatsvertrag mit den USA abgelehnt hat. Die Entscheidung zu dieser wichtigen Frage hat einiges Aufsehen erregt. Im folgenden Beitrag erläutert Eugen David seine Haltung und weist auf die Problematik des Staatsvertrags hin.**

Die UBS/USA-Abmachung des Bundesrates vom August 2009 sieht vor, dass die Schweiz von allen US-Bürgern, die in den letzten zehn Jahren bei der UBS ein grösseres Konto oder Depot hatten (über 1 Mio.), sämtliche Kundendossiers den US-Steuerbehörden ausliefert.

Weitere Voraussetzungen bestehen nicht. Ob ein Steuervergehen besteht, wird von der Schweiz nicht abgeklärt, aber angenommen. Ob die Betroffenen in den USA, in der Schweiz oder sonst irgendwo leben, spielt keine Rolle. Betroffen sind somit auch viele schweizerisch-amerikanische Doppelbürger.

Die Lieferung umfasst ca. 4 Mio. A4-Seiten mit unbestimmt vielen Namen, Texten aller Art und Zahlen.

### Gesetzeswidrige UBS

Der Bundesrat hatte damit den Forderungen der US-Steuerbehörden entsprochen. Diese hatten damit gedroht, die damalige UBS-Führung in den USA vor Gericht zu bringen, wegen Verletzung von US-Gesetzen auf US-Territorium.

Die UBS-Führung hatte anerkannt, dass ihre Mitarbeiter gesetzeswidrig auf US-Territorium Kunden angeworben hatten. Ein Mitglied der ehemaligen obersten UBS-Geschäftsführung ist seit Januar 2008 mit internationalem Haftbefehl zur Verhaftung ausgeschrieben.

Das zuständige Bundesverwaltungsgericht stellte im Januar 2010 letztinstanzlich fest, dass – entgegen der Ansicht des Bundesrates – für die geplante Aktenlieferung keine gesetzliche Grundlage besteht. Das geltende Doppelbesteuerungsabkommen von 1996 erlaubt das nicht. Ich war damals wie heute derselben Meinung.

### Präjudizielle Rückwirkung

Der Bundesrat beschloss dann überraschend, nachträglich zehn Jahre rückwirkend eine solche Grundlage zu schaffen und dem Parlament zur Genehmigung vorzulegen. Darum geht es jetzt im Parlament.

Mich stört die Rückwirkung. Ich hatte beantragt, den neuen Amtshilfetatbestand, wie bei allen andern Abkommen, ab Inkrafttreten anzuwenden. Ich bin damit unterlegen.

Der Bundesrat und die Mehrheit im Ständerat (auch der CVP-Fraktion) sind der Ansicht, es handle sich um einen absoluten Einzelfall zur Rettung der UBS und es sei kein Präjudiz. Andere Fälle mit andern Banken und andern Ländern werde es nicht geben, sagte Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf. Allerdings hatte



Bild: UBS

## editorial

Mit Joe Kellers Rücktrittsankündigung steht die CVP Kt. SG in den Startblöcken für einen Wahlmarathon, der bis Herbst 2012 andauert. Ich freue mich auf den politischen Wettlauf, denn die CVP Kt. SG ist gut in Form.

Gleich nach der Rücktrittsankündigung verwiesen die Medien bereits auf ein Dutzend kompetenter Papabilli aus den Reihen der CVP – und die Liste hätte noch länger sein können. Bei der Konkurrenz blieb es beim überhasteten Frühstart des SVP-Präsidenten: Die anderen Parteien hätten gefälligst auf Kandidaturen zu verzichten zugunsten von N.N.

Wer N.N. ist, würde der SVP-Führungszirkel dann wohl gelegentlich noch kundtun, denn die Wahl der Regierung geht die Stimmbevölkerung und die anderen Parteien offenbar im Grunde genommen gar nichts an.

Ein solches Demokratieverständnis lehnt die CVP ab. Im vollen Bewusstsein um einen möglicherweise harten Wahlkampf nimmt die CVP die Herausforderung an. Wir kämpfen dafür, dass die Regierung weiterhin auf Persönlichkeiten mit dem Format eines Joe Keller und eines Martin Gehrer zählen kann.

Das Motto «liefere statt lafere» passt auch für das vorliegende «präzis». Es legt den Schwerpunkt auf die breit anerkannte parlamentarische Arbeit der St.Galler CVP. Hinzu kommen drei neue Rubriken: «Service Public», «Was unsere Basis meint» und «Die CVP setzt sich ein für...». Lassen Sie sich überraschen.

Jörg Frei, Parteipräsident

## inhalt

|   |   |
|---|---|
| CVP für KMU-freundliche Sachpolitik         | 2 |
| Staatshaushalt in Erwartung der Krisenjahre | 3 |
| Vorstösse der CVP-Fraktion                  | 4 |

# CVP für KMU-freundliche Sachpolitik



Von Margrit Stadler-Egli,  
Vize-Fraktionspräsidentin

**Die CVP blickt auf eine erfolgreiche Junisession zurück. S-Bahn 2013, Bürgerrechtsgesetz, Stromversorgungsgesetz und Standortförderung tragen die klare Handschrift der CVP. Die Vorlagen bieten nachhaltige Lösungen im besten Sinne von Wirtschaft und Bevölkerung.**

Die CVP-Fraktion ist zufrieden mit der Junisession. Sie vermochte mit überzeugender Sachpolitik im Sinne der bürgerlichen Mitte wegweisende Akzente zu setzen und Mehrheiten zu finden.

## Einbürgerungen überzeugend geregelt

Bei der heiss diskutierten Einbürgerungsthematik hat die CVP bewiesen, dass sie kontroverse Probleme überzeugend zu lösen weiss. Das neue Bürgerrechtsgesetz geht auf einen Vorstoss der CVP zurück. Die CVP-Linie setzte sich nun auch bei der Gesetzgebung durch. Die CVP fand Mehrheiten für ein Gesetz mit klaren Einbürgerungsbedingungen und rechtsstaatlich wie demokratisch einwandfreien Verfah-

ren. Die Polemik der SP ist nicht nachvollziehbar.

## Quantensprung für Regionalverkehr

In der 2. Lesung blieb die S-Bahn 2013 unbestritten. Dass diese eminent wichtige Vorlage integral ins Trockene gebracht werden konnte, ist eine grosse Leistung von Volkswirtschaftsdirektor Josef Keller. Dank seiner Hartnäckigkeit, Geduld und Umsicht gelang ihm ein eigentlicher Quantensprung für den Regionalverkehr im Kanton St. Gallen.

## KMU-freundlicher Gesetzesvollzug

Die Standortförderung des Kantons St. Gallen ist schon bisher ein Erfolgsmodell. Auch die neue Strategie überzeugt die

CVP. Ein Dauerthema der CVP aber bleibt die KMU-Verträglichkeit von Gesetzen und deren Vollzug. In Gewerbe und Industrie hat dieses Thema grosse Brisanz und Aktualität. Die CVP stellte deshalb erfolgreich Antrag, dass die Regierung für eine KMU-freundliche Vollzugspraxis bei der Anwendung von Vorschriften rund um das Bauen sorgt (öffentliches Baurecht, Feuerchutz, Lärmschutz usw.) und die bestehenden Spielräume ausschöpft. Dies ist im ureigenen Interesse des Standorts St. Gallen. Die Fundamentalopposition der SP hingegen blendet die konkreten Probleme der vielen KMU im Kanton St. Gallen völlig aus.

## Solidarität zwischen Stadt und Land

Auch beim Stromversorgungsgesetz setzte sich die CVP auf der ganzen Linie durch. Es gelang ihr, in Ablehnung eines FDP-Antrags Rechtssicherheit für die Hauseigentümer bei der Finanzierung der Anschlusskosten zu schaffen. Die CVP setzte sich damit wirksam für die Solidarität zwischen Stadt und Land ein. Zudem verhinderte ein CVP-Antrag, dass die Elektrizitätsunternehmen im Kanton über Gebühr belastet werden mit Verpflichtungen zum sogenannten Contracting. Ausserdem muss die Regierung bei der Ausarbeitung des Leistungsauftrags zwingend die Elektrizitätswirtschaft anhören.

## Engeler neu im Verwaltungsgericht

Sehr erfreut zeigte sich die CVP über die Wahl von Dr. Walter Engeler aus Bütschwil zum Ersatzmitglied des Verwaltungsgerichts. Engeler ist ein bestens qualifizierter Kandidat mit hervorragenden Referenzen. Er macht der CVP-Forderung nach einer qualitativ hochstehenden St. Galler Justiz alle Ehre.



Walter Engeler, Dr. iur. HSG,  
dipl. Ing. FH/SIA, dipl. Hdl.

## Personelles aus der CVP-Fraktion

Präsident der vorberatenden Kommission zum VI. Nachtrag zum Staatsverwaltungsgesetz wird **Bruno Gubser**, Oberhelfenschwil. Die vorberatende Kommission zum Wirksamkeitsbericht über den Vollzug des Finanzausgleichs wird von **Andreas Widmer**, Mosnang, präsiert. Neues Mitglied der Finanzkommission ist **Beat Jud**, Schmerikon. **Marlies Lorenz**, Wittenbach, ist neues Mitglied der Staatswirtschaftlichen Kommission. Der Kantonsrat wählte zudem **Vreni Breitenmoser**, Waldkirch, zur 1. Stimmzählerin.

Fortsetzung von Seite 1

der Bundesrat den USA im Herbst 2009 versprochen, er werde gegenüber anderen Schweizer Banken gleich handeln, wenn es gleiche Fälle gebe.

## Drohkulisse der USA

Das Risiko, dass die USA der Schweiz massiv schaden wollten, sei viel zu gross, meinen Bundesrat und Mehrheit des Ständerats. Unter diesem grossen Druck müsse die Schweiz in den sauren Apfel beißen.

Ich selbst hatte mich als Präsident der ausserpolitischen Kommission intensiv mit dem Dossier beschäftigt. Alle Drohungen wurden uns indirekt von den Schweizer Wirtschaftsorganisationen übermittelt (Bank-

iervereinigung, Economiesuisse etc.), vom offiziellen Amerika haben wir nichts erhalten.

Das Risiko von Retorsionsmassnahmen der USA gegen die Schweiz kann keineswegs ausgeschlossen werden. Ich verstehe die Sorge des Bundesrates um die UBS und die Schweizer Wirtschaft. Andererseits kennen auch die Amerikaner Gerichte und Gesetze und lehnen die Rückwirkung ab.

Die USA sind zudem auch nicht besonders an einer Vermehrung ihrer Feinde interessiert. Das ist jedenfalls meine Wahrnehmung in Gesprächen mit Amerikanern hier

und in den USA. Die Schweiz hat den USA immer wieder gute Dienste geleistet.

## Rechtsstaatlichkeit wahren

Ein Kleinstaat, der sich in einem Fall bereit zeigt, auf Druck eines andern Staates lang rückwirkende Gesetze zu machen und nachträglich Urteile zu beseitigen, ist auch in anderen Fällen erpressbar. Dieses Langzeit-Risiko wird nach meiner Meinung unterschätzt.

Und ausserdem: In der Schweiz werden nachträglich all jene entlastet, die illegal gehandelt haben. Auch das ist in einem Rechtsstaat ein Problem. Die Rettung der UBS also ist in jeder Hinsicht teuer.

# Staatshaushalt in Erwartung der Krisenjahre



Von Andreas Widmer,  
Kantonsrat, Mosnang

**Als langjähriges Mitglied der Finanzkommission ist Andreas Widmer einer der profiliertesten Finanzpolitiker des Kantonsrats. Andreas Widmer analysiert die Kantonsfinanzen an der Schwelle zu den Krisenjahren und erörtert die Schwerpunkte der CVP-Finanzpolitik.**

Der Kantonsrat hat in der Junisession die Rechnung 2009 verabschiedet. Vordergründig präsentiert sich der St.Galler Finanzhaushalt rosig: 27 Mio. weniger Aufwand gegenüber dem Voranschlag, ein Rechnungsüberschuss von 5.9 Mio. und per Ende 2009 ein sattes Reinvermögen von 1.259 Mia. Franken.

## Verzichtsplanung unumgänglich

2009 wird aber das letzte von sechs aufeinanderfolgenden Jahren mit Überschüssen sein. Es folgen harten Zeiten: tiefere Einnahmen aufgrund der schwachen Wirtschaftslage und der verschiedenen Steuergesetzesrevisionen sowie diverse neue Aufgaben, welche auf den Kanton zukommen. Die Situation kann einfach beschrieben werden: Wir haben ein strukturelles Problem.

Die Situation ist von der Mehrheit in Regierung und Parlament erkannt, und die ersten Vorgaben sind erstellt: 70 Mio. müssen mit dem Budget 2011 eingespart werden gegenüber den Planwerten des Aufgaben- und Finanzplanes, in den Jahren 2012 und 2013 folgen Verzichtsplanungen mit jeweils 180 Mio. Franken.

## Investitionen priorisieren

Zur Beseitigung des strukturellen Defizites darf es keine Tabus geben. Alle Departemente sind gefordert. Mit der bereits beschlossenen Plafonierung des Personalaufwandes haben Regierung und Verwaltung bereits klare Rahmenbedingungen erhalten. Nicht nur die Effizienz der Aufgabenerfüllung, sondern auch die Effektivität muss kritisch hinterfragt werden.

Die hohen baulichen Investitionen der nächsten Jahre haben einen direkten Einfluss auf die laufende Rechnung mit dem höheren Abschreibungsbedarf. Eine Priorisierung der Investitionen ist deshalb unumgänglich: Das Notwendige und Machbare kommt vor dem Wünschbaren. Auf Luxus- und Prestigeobjekte ist zu verzichten. Zudem muss die saubere Aufgabenteilung zwischen Kanton und Bund einerseits und Kanton und Gemeinden andererseits vorangetrieben werden, damit intransparente und wenig sinnvolle Finanzierungsmechanismen beseitigt werden.

Ich bin überzeugt, dass der Kanton St.Gallen die kommenden Jahre finanziell gut

## übrigens

Nicht nur mit Blick auf die Nachfolge von Regierungsrat Josef Keller gilt die Binsenwahrheit: Mitglieder der Exekutive werden genauso vom Souverän gewählt wie die Mitglieder der Legislative. Und wenn es diesem Souverän beliebt, Regierung und Parlament mit unterschiedlichen Parteigewichten zu bestücken, ist das nichts anderes als ein Ausdruck des in einer Demokratie allein massgebenden freien Wählerwillens. Es wäre ja noch schöner, wenn die Zusammensetzung der Regierung unter den Parteien ausgemacht würde. Anders sieht es die SVP Kanton St.Gallen, die nicht allzu viel vom freien Wählerwillen hält. So erwartet Parteipräsident Toni Thoma, dass die übrigen Parteien den bisherigen CVP-Regierungsratssitz der SVP überlassen, weil sie die grösste Partei im Kanton sei. Aus dieser Erwartung lässt sich herleiten, dass das Demokratieverständnis der SVP genauso wenig ausgebildet ist wie ihre Rechenkunst. Wenn schon der irrige Schluss gezogen wird, die Zahl der Regierungssitze am Wähleranteil in den Kantonsratswahlen auszurichten, sähe die Rechnung nämlich wie folgt aus: In der siebenköpfigen Regierung des Kantons St.Gallen entfallen 14.28% auf jeden einzelnen Regierungssitz. Gemessen an der Anzahl Kantonsräte verfügt die CVP über einen Wähleranteil von 27.5%, womit ihr rechnerisch 1.93 Regierungssitze zustehen würden. Der Wähleranteil der FDP beträgt 19.6%, was 1.37 Regierungssitzen entspräche. Die SP mit 13.3% Wähleranteil käme gerade noch auf 0.93 Regierungssitze. Und wo liegt nun der Rechenfehler von Toni Thoma?

Ihr Böserwisser

meistert – dank dem CVP-Finanzchef und einer CVP-Fraktion, welche in Finanzgeschäften als einzige Gruppierung im Kantonsrat ohne Tabus und Ideologien Lösungen findet.

## Kirche und Staat

Zum Service Public gehört unter vielem anderen eine effiziente und sachgerechte Abwicklung des Baubewilligungsverfahrens. Ein Teil dieser Verfahren wird von den Gemeinden autonom abgewickelt, ein Teil in Koordination mit den zuständigen kantonalen Ämtern.

In aller Regel, das sei hier hervorgehoben, klappt die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton bestens. Bauge- und Baueinsteller und Gemeinden können allerdings eine nicht unbedeutende Zahl von Geschichten zum Thema bauen erzählen, die manchmal zum Lachen und manchmal fast zum Weinen sind.

So hat die römisch-katholische Kirchgemeinde Sargans vorerst grosse Augen gemacht, als die kantonale Koordinationsstelle für eine Kirchenrenovation sechs (!) vollständige Plansätze verlangte. Auf Nachfrage der Gemeinde Sargans legte die dem Amt für Umweltschutz zugeordnete Stelle für die Koordination Baugesuche die Karten auf den Tisch: einen Plansatz für das Amt für Umweltschutz, zwei Plansätze für das Amt für Feuer- und Brandschutz, zwei Plansätze für den Arbeitnehmerschutz und einen Plansatz für die Denkmalpflege.

Was die vier Amtsstellen anhand der sechs Plansätze dann genau prüfen, ist auf den ersten Blick zwar nicht erkennbar, regt

aber doch zu einigen Überlegungen an. Allenfalls prüft das Amt für Umweltschutz, ob die Hostien aus biologisch angebautem Weizen gebacken sind oder der Weihrauch zu Wahrnehmungsstörungen führen kann. Der Arbeitnehmerschutz klärt wohl ab, ob der Pfarrer während der Arbeitszeit Alkohol zu sich nimmt, und das Amt für Feuerschutz geht vielleicht der Frage nach, welche Brandgefahr vom Ewigen Lichtlein ausgeht.

Möglicherweise wäre es sinnvoll, auch dem Amt für Statistik einen Plansatz zuzustellen, damit dieses berechnen kann, wie viel Zeit die anderen Ämter für die Prüfung der Kirchenrenovation verwenden.

Erich Zoller, Gemeindepräsident Sargans

## service public

# die cvp-fraktion setzt sich ein für...

## Ganzheitlichkeit in der Alterspolitik

Die Neuordnung der Pflegefinanzierung hat deutlich gemacht, dass die kantonalen Zuständigkeiten und Strukturen in der Alterspolitik grundlegend anzupassen sind. Die historisch bedingte organisatorische Zersplitterung zwischen Departement des Innern und Gesundheitsdepartement ist überholt. Die CVP fordert eine ganzheitliche Steuerung, die im gleichen Departement angesiedelt ist – wie das im Übrigen bereits das Altersleitbild von 1996 forderte.

## Bürgerfreundlichkeit bei neuen IDs

Eine im Sinne der Subsidiarität möglichst dezentrale Erfüllung der Staats-

aufgaben ist seit jeher ein Kernanliegen der CVP. Aus diesem Grund beauftragt die CVP die Regierung zu prüfen, ob die Identitätskarten im Sinne von Bürgerfreundlichkeit und Servicequalität nicht auch künftig von den Gemeinden ausgegeben werden können.

## Praktikables und faires Inkasso

Die heutige gesetzliche Grundlage über Inkassohilfe und Bevorschussung von elterlichen Unterhaltsbeiträgen erachtet die CVP als unbefriedigend. Schwierigkeiten ergeben sich insbesondere dann, wenn ein unterhaltspflichtiger Elternteil im Ausland wohnhaft ist. Dies erschwert oder verunmöglicht in zahlreichen Fällen die Umsetzung von Inkassomassnahmen.

Die Ausfälle müssen dann von den politischen Gemeinden und letztlich vom Steuerzahler getragen werden. Die CVP will hier eingreifen.

## Verhältnismässige Kindersitzpflicht

Die seit April 2010 bestehende Kindersitzpflicht schießt nach Ansicht der CVP über das Ziel hinaus. Die Vorschrift ist sowohl für Familien als auch für Vereine und andere Organisationen wenig praktikabel und in dieser Form unverhältnismässig. Zudem ist die erweiterte Kindersitzpflicht mit erheblichen Kosten verbunden. Aus diesem Grund fordert die CVP mittels Interpellation von der Regierung, sich für eine Lockerung der Kindersitzpflicht einzusetzen.

## Junge CVP Schweiz zu Gast in St. Gallen



Am 1. Mai 2010 tagten rund 60 Delegierte der Jungen CVP Schweiz im Hofkeller der St. Galler Pfalz. Der inhaltliche Schwerpunkt lag auf der Zukunft der Armee. Korpskommandant André Blattmann, Chef der Armee, und CVP-Nationalrat Jakob Büchler, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats, hielten viel beachtete Referate.

Die Delegierten der Jungen CVP verabschiedeten in der Folge ein wegweisendes Armeepapier, das u.a. die Wehrpflicht für

Frauen und die Fusion von Zivildienst und Zivildienst fordert. Ebenfalls gutgeheissen wurde eine Motion, die die Erhöhung des Elternurlaubs von 14 auf 24 Wochen verlangt.

Die Delegiertenversammlung und das Rahmenprogramm in St. Gallen werden den Gästen aus der ganzen Schweiz in bester Erinnerung bleiben. Das Organisationsteam der Jungen CVP Kanton St. Gallen vermochte rundum zu überzeugen.

Angela Eicher,  
Praktikantin Parteisekretariat

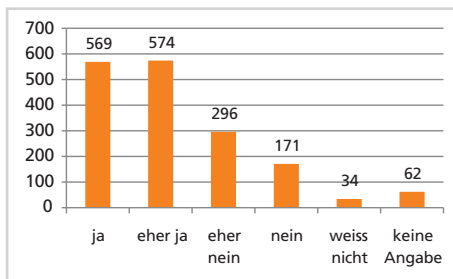
## was unsere basis meint

Die Antworten geben die Ergebnisse der Basisbefragung der CVP Kanton St. Gallen im Sommer 2009 wieder.

### Frage: Befürworten Sie die Beibehaltung der Kernenergie als Teil des schweizerischen Strommixes?

Von 1706 teilnehmenden Mitgliedern der CVP Kanton St. Gallen antworteten:

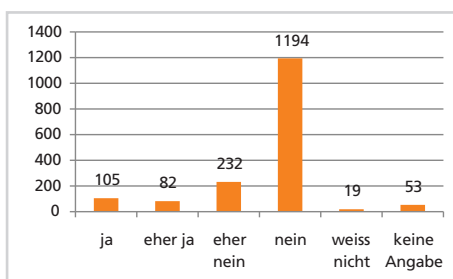
Mit «ja» oder «eher ja» 67.0%  
Mit «nein» oder «eher nein» 27.4%



### Frage: Befürworten Sie die Volkswahl des Bundesrates?

Von 1685 teilnehmenden Mitgliedern der CVP Kanton St. Gallen antworteten:

Mit «ja» oder «eher ja» 11.1%  
Mit «nein» oder «eher nein» 84.6%



## Agenda

19. August, 19.00 Uhr, Delegiertenversammlung CVP Kt. SG in Uzwil (Nomination Ersatzwahl Regierung, Neuwahl Parteileitung, Parolenfassung)

21. August, 10.15 Uhr, Parteitag CVP Schweiz in Cham

26. August, 19.00 Uhr, RPP-/OPP-Konferenz CVP Kt. SG in St. Gallen

10. September, 18.30 Uhr, Herbsttagung CVP Kt. SG in Degersheim

20. – 22. September, Septembersession des Kantonsrats

26. September, eidg. und kant. Abstimmungs-sonntag

## Impressum

präzis  
Informationsmagazin der CVP Kanton St. Gallen

Herausgeber / Inserate:  
Christlichdemokratische Volkspartei  
Kanton St. Gallen  
Oberer Graben 3, Postfach 461,  
9001 St. Gallen  
T 071 222 33 84, F 071 223 21 26  
info@cvp-sg.ch, www.cvp-sg.ch

Redaktionsleitung:  
Lukas Schmucki, Parteisekretär,  
lukas.schmucki@cvp-sg.ch

Konzept, Layout und Produktion:  
ERNi Druck und Media AG, 8722 Kaltbrunn  
info@ernidruck.ch, www.ernidruck.ch